

# Wilsdruffer Tageblatt

Berufspracher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Wilsdruff täglich mit Ausnahme der Feiertage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den nächsten Tag. Preis pro Blatt monatlich 4.00 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.00 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Bestellungen sowie andere Nachrichten und Besondere Anzeigen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Besteller selbst für die Lieferung der Zeitung über Abgang des Tagespreises.



Inseratensätze 1 Mk. für die 6-spaltige Zeile wöchentlich über dem Namen, Zeitdauer 14 Tage, Restsumme 2.00 Mk. Bei Wiederholung und Jahreszahlung entsprechender Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Zeile wöchentlich 3 Mk. Nachzahlungsbetrag 20 Pf. Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Nachzahlung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Kassasche. Jeder Anzeigensatz muß, wenn der Zeitung durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rastend geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpfig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 119.

Mittwoch den 25. Mai 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Rugholzversteigerung, Spechtshäuser Staatsforstrevier.

Kasthof zu Spechtshäusern, Montag den 30. Mai vormittags 10 Uhr: 1794 w. Stämme 10/37 u. m. cm., 54 w. Klöße 8/29 cm., 160 w. Dornstangen 8/13 cm u. 530

w. Reisstangen 4/7 cm, Rahmklöße in Abl. 9 u. 46, Durchforstung in Abl. 7, 18, 28 u. 36 und Einzelhölzer in Abl. 5.

Forstrevierverwaltung Spechtshäuser.

Forstrentamt Tharandt.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Zum Reichsminister des Auswärtigen ist der bisherige Gesandte in Haag, Dr. Rosen, ernannt worden.
- \* Zwischen der Reichsregierung und dem französischen Botschafter in Berlin fand ein Notenwechsel über Oberschlesien statt.
- \* Eine deutsche Note an die Entente stellt fest, daß die Kohlenlieferungen aus Oberschlesien mit dem Beginn des Aufstandes ausbleiben sind und damit eine außerordentliche Schädigung Oberrheinlands verbunden ist.
- \* Am Montag begannen vor dem Reichsgericht in Leipzig die ersten "Kriegsbeschuldigten"-Prozesse.
- \* Nach einer Reitermeldung aus Lissabon soll in Portugal eine Revolution ausgebrochen sein.
- \* Der südafrikanische Ministerpräsident Smuts warnt vor der weiteren Verletzung deutschen Meeres.

### Mit allen Mitteln.

Der Kampf um Oberschlesien scheint sich seiner entscheidenden Wendung zu nähern. Das Korsanische Aufgebots hat sich als das herausgestellt, als was es von vornherein zu nehmen war: eine Kriegslust, zu kurzlebigen Dasein bestimmt. Wenn seine Vanden seither ein Stück obereschlesisches Land geräumt haben, so haben sie es nicht freiwillig getan, sondern unter dem Druck des deutschen Selbstschutzes, der, je schlimmer die Dinge werden, desto entschlossener zusammensteht und den polnischen Insurgenten in den letzten Tagen, namentlich im Kreise Kojel, ziemlich erheblichen Terrain abgenommen hat. Aber die größeren Bedrängnisse Korsanys liegen auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiete. Und da muß man schon sagen, daß die Franzosen, seine treuen Bundesgenossen, sein Mittel unversucht lassen, um ihm in Paris wie in London, in Rom wie in Washington und schließlich auch in Berlin zu Hilfe zu kommen. Lange, viel zu lange haben die deutschen Oberschlesier stillgehalten. In dem Augenblick, wo sie sich, um das äußerste zu verhindern, zum Widerstand aufzuringeln, wird gegen sie die Beschuldigung laut, daß sie es seien, die nun nach leidlicher Wiederherstellung der Ordnung die Offensivde ergriffen. Der Generalfeld der polnischen Aufständischen stinkt in alle Welt hinaus, daß er diese Wendung längst vorhergesehen habe, und seine polnisch-französischen Presseabenteurer spigen die Feder, um die Deutschen des Friedensbruchs zu beschuldigen. Gleichzeitig beut sie der französische Botschafter in Berlin, der deutschen Regierung einen Tag um den anderen klar zu machen, daß sie noch lange nicht ihre Pflicht erfüllen, sondern zum mindesten durch Unterlassungen der Anarchie im Abstimmungsgebiet Vorschub leisten.

Eine Unverschämtheit, die von der neuen deutschen Regierung die verdiente Zurückweisung erfahren hat. Begreiflich genug, daß weder der englische, noch der italienische Botschafter diesen Schritt der französischen Regierung mitgemacht haben. Hoffentlich bleibt es dabei, daß das Sauberheitsgefühl Englands und Italiens wenigstens insoweit den französischen Verlockungen standhält. Aber auch in London setzt die Diplomatie des Herrn Briand alle Sessel in Bewegung, um die letzten Hindernisse für die polnische Ländergerier aus dem Wege zu räumen. Er suchte einmal die britische Regierung für gemeinschaftlich zu erhebende Vorstellungen in Berlin zu gewinnen unter der Vorbeugung, als käme der deutschen Regierung gegenüber dem Aufstand in Oberschlesien genau die gleiche Rolle zu wie der Regierung in Warschau, als drohe dem Abstimmungsgebiet von deutscher Seite die gleiche Gefahr wie von seinen Korsanys, dessen Hülfsquellen von Polen her unaufhörlich gespeist werden. In Wahrheit hat die deutsche Regierung lediglich ein Interesse an der Wiederherstellung des dem Friedensvertrag entsprechenden Zustandes der Dinge, während Korsanys, und mit ihm die polnische Regierung, dieser Wiederherstellung auf das äußerste widerstrebt. Das weiß man in London wie in Rom, und deshalb hat man sich dort, bis jetzt wenigstens, den französischen Einfassungen gegenüber ablehnend verhalten. Herr Briand hat aber auch über die Sonderstellung des britischen Vertreters in der Interalliierten Kommission in Oppeln Klage führen lassen, mit dem Antrag, ihre Arbeitsfähigkeit durch entsprechende Anweisungen an den englischen Obersten Percival wieder herzustellen. Dann könnte sie mit den Aufständischen auf beiden Seiten verhandeln, mit dem Ziel, der Beruhigung des Landes zu dienen. Also auch hier wieder die Unterstellung, daß auch auf deutscher Seite Aufständische vorhanden wären, während die Deutschen äußersten Falles nur für ihr nacktes Leben kämpfen dürfen. Aber Frankreich möchte den englischen Verbänden nur gar zu gern auf die gleiche Bahn drängen, die sein General Le Rond allen Abwegungen zum Trotz schon längst beschritten hat: auf die Bahn unmittelbarer Verhandlungen mit Herrn Korsanys, was seiner Anerkennung als einer kriegsführenden Macht gleichkame. Um

diesen und manchen ähnlichen Preis würde Herr Briand dann voraussichtlich bereit sein, der Aberaumung einer neuen Sitzung des Obersten Rates zugestimmen. Fragt sich nur, ob Lloyd George gewillt ist, das Erstgeburtsrecht der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens, und damit die Lage im Osten, mehr noch: über die zukünftige Verteilung der Nachverhältnisse in Europa, auf diese Weise an Herrn Briand abzutreten.

Einstweilen wirken englische Offiziere mit den Leitern des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien zusammen, um überall mit eigenen Augen nach dem Rechten zu sehen.

### Englisches Eingreifen in Oberschlesien?

Vier Bataillone unterwegs.

Das Hin- und Herreden zwischen London und Paris, was in Oberschlesien zu geschehen habe, hat nun anscheinend einem bewussten Vorhaben Englands Platz gemacht, wenn auch amtliche Befestigungen im Augenblick noch nicht vorliegen.

Wie übereinstimmend gemeldet wird, hat das englische Kabinett die Entsendung von vier Bataillonen Infanterie in das Aufstandsgebiet beschlossen. Die Truppen sollen bereits am Sonntag von den rheinischen Standorten aus in Bewegung gesetzt worden sein.

Auch in Paris wird an dem Vormarsch der Engländer nicht mehr gezweifelt, obwohl die französische Presse recht feuerfeste Betrachtungen an die Mitteilung knüpft und natürlich behauptet, die englischen Streiktruppe wären gleichzeitig gegen den Kriegseifer der polnischen und deutschen Insurgenten bestimmt. Angesichts der in der ganzen Welt unbestrittenen Ansetzung des Aufstands von polnischer Seite wirken die Pariser Versuche, die Spitze der Tatsachen gegen Deutschland zu kehren, einfach komisch.

Eher dürften englische Kommentare den wirklichen Sachverhalt treffen. So schreibt "Oberver": Lloyd George habe niemals die britische öffentliche Meinung geschlossen hinter sich gehabt als in der obereschlesischen Frage. Wenn Paris und Warschau keine Lösung vor der britischen Ansicht und Überzeugung zeigten, so werde die Entente ein toter Buchstabe sein.

### Französische Forderungen in Berlin.

Am 19. Mai hat der französische Botschafter in Berlin dem Reichskanzler eine Note überreicht, in der gesagt wird, die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen gegen die deutschen Freikorps seien zu spät gekommen. In der Gegend von Kreuzburg hätten 80 000 Mann Freikorps unter dem Befehl von Arnim. Gleichfalls ward die Anwesenheit der Freikorps von Kusod bei Oppeln und Schmidt bei Strätzky gemeldet. Die Gruppe Karlsruh, die einen täglichen Bericht veröffentlichen, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen. Demgegenüber verlange Frankreich strenge Abriegelung der Grenze, wie sie Polen bereits getroffen, Sicherung der Lebensmittelferzeugung und Aufforderung an die Reichsbahn, die zur Befahrung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu schaffen. Die Interalliierte Kommission biete genügend Sicherheit.

### Die deutsche Antwort.

Bereits am Montag wurde dem französischen Botschafter die Antwort der deutschen Regierung zugestellt. In dieser Antwort wird ausgeführt:

Die deutsche Regierung duldet die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet nicht, ebensowenig den Abtritt von nichtbesetzten auf das besetzte Gebiet. Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglicher Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesem aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Es wird schlagend, daß trotz der Aufforderung an die polnische Regierung die polnische Grenze tatsächlich völlig offen steht und täglich der Abtritt von polnischen Soldaten, der Nachschub von Munition und Materialien für die Insurgenten vor sich geht. Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit; denn es handelt sich gar nicht um einen Aufstand wirtschaftlicher, sondern einzig und allein um einen politischen Charakter. Der polnische Aufstand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verdröhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des obereschlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamem Klassiment vorgehenden Polen zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. Es besteht auch nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die absolute Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in

die Hände der wirklich empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der Interalliierten Kommission verfiel wenige Kilometer hinter Oppeln über telegraphische Nachrichten mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wieder herzustellen und die Bevölkerung von dem Joche der polnischen Insurgenten zu befreien.

Die Note führt noch eine Anzahl Beweise von der vollständigen Ohnmacht der Interalliierten Kommission an und ist unterzeichnet von dem Reichskanzler Dr. Brüning.

### Ein Aufruf General Hoefers.

Die zum Selbstschutz vor den polnischen Vandalen bewaffnete Bevölkerung Oberschlesiens hat zu ihrem Führer Generalleutnant Hoefers gewählt. Dieser veröffentlichte sofort einen Aufruf an die Schlesier, in dem es u. a. heißt: Schluß ist heute ein großer Teil unseres Landes polnisch. Wir sind die Macht, die gegen Korsanys wohlverbundene Hebeln durchzuführen. Wir sollen nicht dem Zustand der Gewalt, den Korsanys geschaffen hat, einen andern Zustand der Gewalt nach unserem Willen entgegenstellen. Wir kämpfen in berechtigter Notwehr und wollen nur die Wiederherstellung der erfülltesten Autorität der Interalliierten Kommission, die Wiederherstellung des Friedens, den erst Korsanys unserem obereschlesischen Volk geraubt hat, unter allen Umständen zu erreichen. Auch die größte Geduld und Besonnenheit hat ihre Grenzen.

Wenn wir heute, zum Sprung bereit, noch uns halten, so geschieht es nur im Vertrauen auf den Gerechtigkeitsinn der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen Tagen im Rate der Mächte endlich die erlösende Entscheidung darüber fallen wird, wie der Autorität der Interalliierten Kommission und dem Recht in Oberschlesien wieder Geltung verschafft werden soll. Landleute, Kameraden! Bis dahin steht mit Gewalt bei Fuß. Wahrt Ordnung und Disziplin. Laßt Euch durch keine polnische Grenzelal und Vergeltungsmaßnahmen hinführen. Ehrt das Eigentum eines jeden, sei er polnisch oder deutsch gefärbt! Zeigt euch würdig als Deutsche, namens unserer guten und gerechten Sache!

Bei dem Kommando der von General Hoefers geführten Bataillone des obereschlesischen Heimaufschutzes befinden sich auch Offiziere der interalliierten Truppen. Diese sind auf ihren Wunsch in das Operationsgebiet, in dem sich die Kämpfe gegenwärtig abspielen, geeilt.

### Protestversammlung in Berlin.

In einer am Sonntag in Berlin von hervorragenden Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Spitzenorganisationen des Handels, der Industrie und Landwirtschaft einberufenen Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens im großen Saale der Philharmonie führte der Präsident des Reichstages, Lohde, persönlich den Vorsitz. Er wandte sich in einer packenden Ansprache gegen den Polenüberfall und die offene Unterstützung des Rechtsbruchs durch die Franzosen. Außerdem sprachen u. a. der Präsident der Preussischen Landesversammlung, Reinert, der zweite Vorsitzende des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, der Präsident der Handelskammer zu Berlin, Franz von Wendelssohn, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Vaitrunch, der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Abg. Reinath, der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsrings (Hirsch-Dundersche Gewerkschaften), Hartmann, und Walter Rathenau als Vertreter der Industrie. Besonders bemerkenswert war es, daß sämtliche Redner aus den Kreisen der Finanz, des Handels und der Industrie übereinstimmend ihre Bereitwilligkeit erklärten, die durch die Annahme des Ultimatus eingegangenen Verpflichtungen restlos zu erfüllen; jedoch betonten sie nachdrücklich, daß das deutsche Volk auch seinerseits Gerechtigkeit und Parteilichkeit vom Obersten Rat für Oberschlesien erwarten müsse. Die vom Reichspräsidenten Lohde vorgeschlagene Protestentschließung wurde einstimmig angenommen.

### Die Lage im Aufruhrgebiet.

Die bedrohten Städte des Industrievierecks waren bis Montag noch immer vom Fernverkehr abgepflegt. Aus den Kreisen Kreuzburg und Rosenburg wird übereinstimmend von starken Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Politische Verstärkungen haben die Grenze überschritten. Auch Waffenschulden sind erfolgt. Im Zusammenhang damit ist es zu schweren Kämpfen in der Gegend von Rosenburg gekommen. Nach den Meldungen mußten die Aufständischen vorerst Albrechtstorf, Altrosenberg und Losowichau räumen. Bei Sogolin im Kreise Groß-Streblitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe von Gogolin wurden grauendhaft zuerichtete Leichen deutscher Abo-Beamter aufgefunden.